



II-1456 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 711 62-9100  
Teletex (232) 3221155  
Telex 61 3221155  
Telefax (0222) 713 78 76  
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5901/12-4-91

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.  
Wabl und FreundInnen vom 15. Februar 1991,  
Nr. 484/J-NR/1991, "Beitrag Österreichs zur  
ökonomischen, ökologischen und sozialen Umge-  
staltung Osteuropas"

508 IAB  
1991-04-15  
zu 484 IJ

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu den Fragen 1, 2, 6 und 7:

"Existiert eine umfassende Internationalisierungsstrategie, die sich an ökologischen und sozialen Gesichtspunkten orientiert?"

Wenn ja, welche Schwerpunkte sieht diese Strategie vor?"

Welche konkreten Industrie(anlagen)projekte sind in Osteuropa in Planung?"

Welche österreichischen Firmen sind an diesen Projekten beteiligt?"

Zu diesen Fragen darf ich auf die Anfragebeantwortung Nr. 485/J des Herrn Bundeskanzlers verweisen.

Zu den Fragen 3 und 4:

"Existieren selektive, bilaterale Wirtschaftskooperationspläne?"

Wenn ja, welche Kooperationsformen beinhalten bzw. auf welche Bereiche der wirtschaftlichen Zusammenarbeit konzentrieren sich diese?"

In meinem Ressort wurde ein Ostgrenz-Sonderprogramm entwickelt. Inhalte dieses Programmes sind Maßnahmen der Regional- und Strukturpolitik, der Technologietransferförderung und der Verkehrsförderung sowie Qualifikationsmaßnahmen.

- 2 -

Diese Maßnahmen in den Grenzregionen sollen auf die Nachbarländer abgestimmt, einzelne Maßnahmen in direkter Kooperation mit der tschechoslowakischen bzw. ungarischen Seite durchgeführt werden. Aufbauend auf einem Ressortübereinkommen mit dem tschechoslowakischen stellvertretenden Ministerpräsidenten vom März 1990 wird als Pilotprojekt ein grenzüberschreitender Wirtschafts- und Innovationspark in Gmünd - Ceske Velenice vorbereitet. In diesem Projekt sollen mit Blickrichtung auf die neuen Kooperationsmöglichkeiten Beratungs- und Qualifikationsaktivitäten sowie technologisch hochwertige Infrastruktur, aber auch Förderung von Betriebsansiedlungen angeboten werden. Dieser Wirtschaftspark wird in enger funktionaler Verbindung mit einem regionalen Innovationszentrum für das Waldviertel in Gmünd stehen.

In diesem Zusammenhang darf ich auch auf ein von der niederösterreichischen Handelskammer geplantes Wifi-Schulungszentrum in Gmünd hinweisen.

Das mit 1. Juli 1990 ins Leben gerufene Osteuropaprogramm des ERP-Fonds unterstützt Internationalisierungsaktivitäten österreichischer Unternehmen in Osteuropa. Das Programm ist zunächst auf drei Jahre ausgelegt und für 1991 und 1992 mit einem Finanzierungsrahmen von je 500 Mio S ausgestattet (Anteil am Gesamtbudget des ERP-Fonds ist etwa 13%).

Es läßt sich ein großes Interesse österreichischer Firmen feststellen, das Volumen der beschlossenen Projekte bzw. anhängiger positiv beurteilter Projekte übertrifft bereits den für das heurige Jahre vorgesehenen Rahmen. Bis Ende Februar 1991 wurden 8 Projekte genehmigt. Die auf diese Weise geförderten Investitionen werden zweifellos zur wirtschaftlichen Restrukturierung unserer östlichen Nachbarstaaten beitragen.

- 3 -

Zu Frage 5:

"In welcher Form sehen diese Wirtschaftskooperationspläne Kontrollmechanismen vor, die nur technologisch höchst ausgereifte und ökologisch sinnvolle Projekte zulassen?"

Im Rahmen des Ostgrenz-Sonderprogrammes und des ERP-Internationalisierungsprogrammes gelten die jeweiligen Richtlinien, die zur Erlangung einer Förderung vom Unternehmen nachweislich einzuhalten sind.

Zu Frage 8:

"Können Sie explizit ausschließen, daß sich Österreich in welcher Form auch immer an ökologisch sinnlosen Straßenbauprojekten (Autobahnen, Autostraßen ...) in Osteuropa beteiligt?"

Zu dieser Frage darf ich auf die Anfragebeantwortung Nr. 483/J des Herrn Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten verweisen.

Zu Frage 9:

"In welchem Ausmaß beteiligt sich Österreich finanziell an den verschiedenen Projekten?"

Ich darf hierzu auf die Anfragebeantwortung Nr. 482/J des Bundesministers für Finanzen verweisen.

Zu Frage 10:

"Wer trifft die konkrete Projektauswahl bzw. wie funktioniert die Entscheidungsfindung betreffend der Projektauswahl?"

Ich darf auch zu dieser Frage auf die Anfragebeantwortung Nr. 485/J des Herrn Bundeskanzlers verweisen.

Zu Frage 11:

"Existiert hierzu eine spezielle Sektion/Kommission in den jeweils betroffenen Ministerien oder wurde damit eine interministerielle Arbeitsgruppe beauftragt?"

- 4 -

Es gibt derzeit im Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr weder eine spezielle Kommission noch eine spezielle Sektion, da die vom Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr abgewickelten Förderungen im Rahmen der übrigen Förderungsaktionen betreut werden.

Zu Frage 12:

"Um den spezifischen Anforderungen und Bedürfnissen der einzelnen Ländern bei der Projektauswahl gerecht zu werden ist es notwendig, intensive Kontakte zu den jeweils betroffenen Ländern zu halten.  
In welcher Form übernehmen die Vertreter der österr. Bundesregierung diesbezüglich Vermittlerfunktion?"

Es bestehen selbstverständlich bilaterale Kontakte im Rahmen des Aufgabenbereiches meines Ressorts.

Zu Frage 13:

"Welche Dienstreisen haben Sie diesbezüglich unternommen bzw. was war der genaue Inhalt der von Ihnen geführten Verhandlungen?"

Ich habe keine eigenen Dienstreisen unternommen, um bestimmte Projekte zu vermitteln, sondern im Rahmen meiner Dienstreisen wirtschaftliche und politische Kontakte zu meinen Ressortkollegen geknüpft.

Zu Frage 14:

"Welche Personen fungieren im Augenblick als Ihre Berater in den österreichischen Nachbarländern?"

Es gibt keine eigenen Berater für diesen Zweck. Dies ist vielmehr eine der dienstlichen Aufgaben der österreichischen Vertretungen im Ausland und wird daher von diesen wahrgenommen.

- 5 -

Zu den Fragen 15 und 16:

"Wurden hierzu konkret Konsulenten beauftragt bzw. wurde eine oder mehrere Unternehmensberatungsfirmen hiermit belangt?"

Wenn ja, wer sind die Konsulenten bzw. Unternehmensberatungsfirmen?"

Ich habe für den Bereich meines Ressorts weder Konsulenten noch Unternehmensberatungsfirmen beauftragt.

Zu einzelnen Projekten des Ostgrenz-Sonderprogrammes habe ich aber Studien an externe Institute vergeben (darunter: IFES, Betriebsbefragung über Expansionschancen in grenznahen Regionen; ÖIR, Feasibility-Studie, Internationaler Wirtschafts- und Innovationspark Gmünd/Ceske Velenice; Rosinak & Snizek, Vorstudie Park and Ride Terminal Kittsee - Bratislava).

Zu Frage 17:

"Wodurch können Sie gewährleisten, daß über das Instrumentarium der österr. Wirtschaftsförderung nur ökologisch und sozial sinnvolle Projekte unterstützt werden?"

Wesentlicher Inhalt des Ostgrenz-Sonderprogrammes und des ERP-Internationalisierungsprogrammes ist die technologische Erneuerung der Produktionskapazitäten und damit ein Zurückdrängen der die bisherige Planwirtschaft kennzeichnenden extrem umweltbelastenden Produktionsweise. Die Frage, welche Projekte im einzelnen als ökologisch und sozial sinnvoll zu unterstützen sind, wird sowohl unter Beachtung der österreichischen Bestimmungen wie der des Empfängerlandes geprüft und entschieden. Im übrigen sind in allen Förderungsrichtlinien der Regional- und Technologieförderung sowie der ERP-Fonds die Zielsetzungen des Umweltschutzes und der Sozialverträglichkeit verankert.

- 6 -

Zu den Fragen 18 und 19:

"Sind diesbezüglich Kontrollmechanismen vorgesehen?"

Wenn ja, welche?"

Wie bereits in der Antwort zu Frage 5 erwähnt, sind die Förderungsrichtlinien nachweislich einzuhalten. Der Förderungsnehmer hat auf Verlangen der Förderstelle diese beizubringen.

Wien, am 15. April 1991

Der Bundesminister

